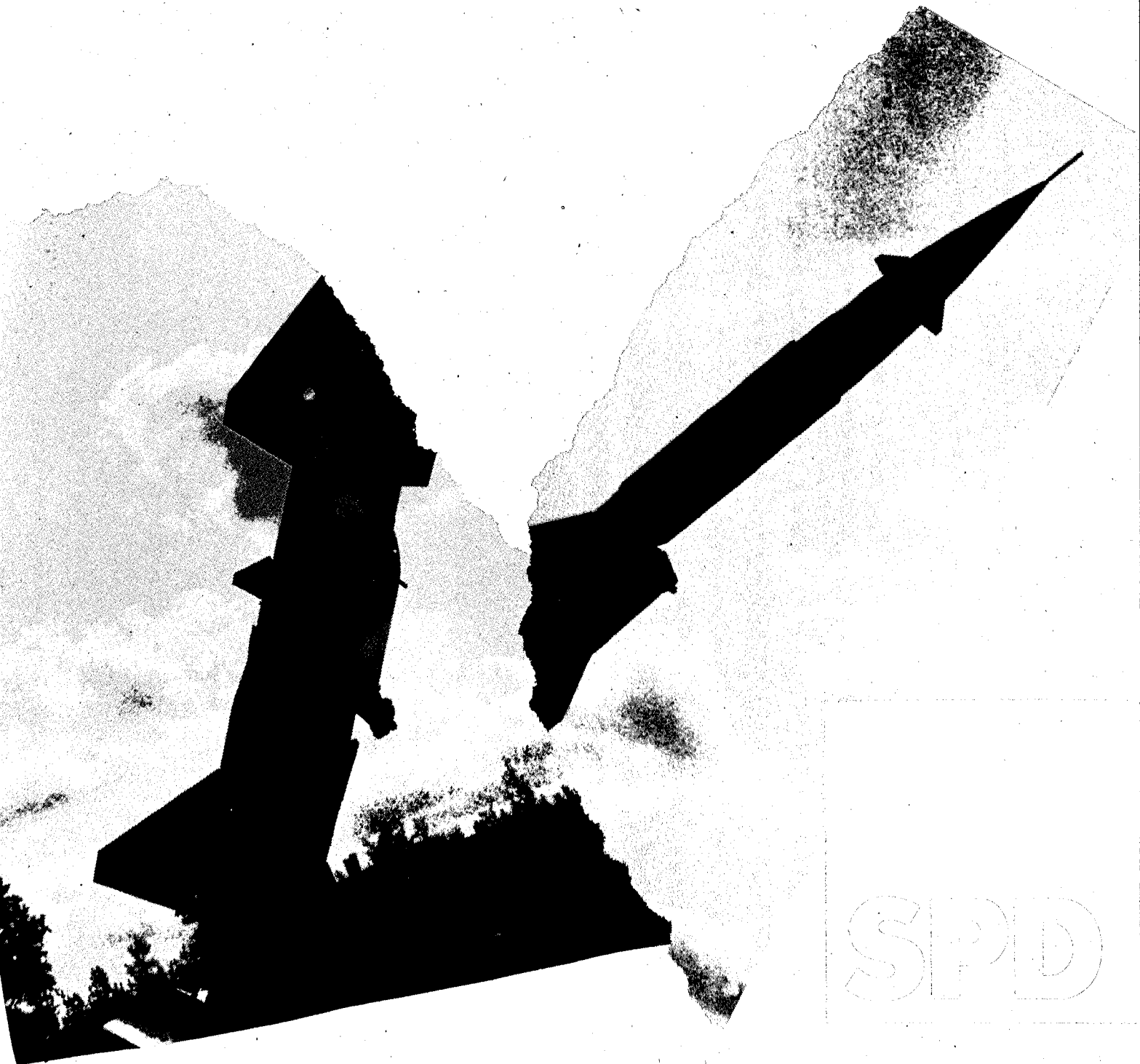


MATERIALIEN

Frieden und Abrüstung in Europa.



SPD

**Ergebnisse der gemeinsamen Arbeitsgruppe SPD-PVAP
(SPD - Vereinigte Polnische Arbeiterpartei).**

II. Zusammensetzung der Arbeitsgruppe SPD/PVAP

Seitens der SPD-Bundestagsfraktion:

Prof. Dr. Horst Ehmke MdB	Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, Vorsitzender des Arbeitskreises I (Außen- und Sicherheitspolitik, Innerdeutsche Beziehungen, Europa- und Entwicklungspolitik)
Helmuth Becker MdB	Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion
Dr. Andreas von Bülow MdB	Mitglied des Verteidigungsausschusses und der Sicherheitspolitischen Kommission beim Parteivorstand der SPD

für die Sitzung von Plön zusätzlich:

Karsten D. Voigt	Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Auswärtigen Ausschuß des Deutschen Bundestages
------------------	---

Referenten der SPD-Fraktion:

Bernhard Zepfer bis Ende 1986	Dr. Dieter Boden bis Juni 1988	Dr. Jutta Tiedtke ab Juni 1988
-------------------------------	--------------------------------	--------------------------------

Seitens der PVAP:

Ryszard Wojna	Stellvertretender Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des SEJM
Prof. Marian Dobrosielski	Universität Warschau, Botschafter a. D.
Krzysztof Ostrowski	Stellvertretender Leiter der Internationalen Abteilung des ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei
Elzbieta Michalowska	Mitarbeiterin der Internationalen Abteilung des ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei

Für Einzelfragen, je nach Thema, zusätzlich:

Andrzej Karkoszka	Sicherheitspolitischer Berater Internationale Abteilung beim ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei
Eugeniusz Krakowiak	Sicherheitspolitischer Berater Internationale Abteilung beim ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei
Ernest Kusza	Abteilungsleiter Außenpolitik in der Internationalen Abteilung des ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei
Janusz Prystrom	Leiter der Sektion Abrüstung im Polnischen Institut für Internationale Beziehungen
Daniel Rottfeld	Leiter der Sektion Europäische Sicherheit im Polnischen Institut für Internationale Beziehungen
Dr. Bogumil Sujka	Ehemaliger stellvertretender Leiter der Abteilung für Internationale Beziehungen im ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei

III. Treffen der Arbeitsgruppe SPD/PVAP

1. Sitzung	4. bis 6. März 1985	in Warschau
2. Sitzung	3. bis 5. Juni 1985	in Bonn
3. Sitzung	25. bis 27. September 1985	in Warschau
4. Sitzung	24. bis 25. November 1985	in Bonn
5. Sitzung	5. bis 7. März 1986	in Warschau
6. Sitzung	5. bis 7. Juli 1986	in Bonn
7. Sitzung	26. bis 27. Mai 1987	in Mragowo/Masuren
8. Sitzung	19. bis 21. Oktober 1987	in Breidenbach bei Marburg
9. Sitzung	10. bis 11. Februar 1988	in Warschau
10. Sitzung	2. bis 5. Oktober 1988	in Grodno/Wolin
11. Sitzung	2. bis 5. Mai 1989	in Plön/Holstein

IV. Dokumente (SPD/PVAP)

Nr. 1

VORWORT von Willy Brandt und General Jaruzelski vom Dezember 1985 zur Veröffentlichung des ersten Arbeitsergebnisses der Arbeitsgruppe

SPD/PVAP, der Gemeinsamen Erklärung zur Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa durch Maßnahmen der gegenseitigen Vertrauensbildung:

Die hier abgedruckte, erstmals am 25. November 1985 veröffentlichte Erklärung über Maßnahmen zur gegenseitigen Vertrauensbildung in Europa ist ein gemeinsamer Beitrag von SPD und PVAP zur internationalen Diskussion über die partnerschaftliche Festigung der Sicherheit und des Friedens auf unserem Kontinent. Der Wortlaut der Erklärung ist ein Ergebnis der Tätigkeit der Arbeitsgruppe der SPD und PVAP, die im Herbst 1984 durch Vereinbarung zwischen den Vorsitzenden der Parlamentsgruppen beider Parteien gebildet wurde. Die Tatsache, daß zwei Parteien aus West- und Osteuropa dieses gemeinsame Dokument, das prinzipielle Fragen berührt, vereinbaren konnten, ist ein Beweis dafür, daß bei gutem Willen der Beteiligten ein schöpferischer Dialog über Frieden und Sicherheit in Europa in voller Breite möglich ist.

Wojciech Jaruzelski
Erster Sekretär des ZK der PVAP

Willy Brandt
Vorsitzender der SPD

Nr. 2

Gemeinsame Erklärung zur Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa durch Maßnahmen der gegenseitigen Vertrauensbildung
25. November 1985 (Bonn)

Nr. 3

Kommuniqué:
Vorschlag zur Schaffung eines „Europäischen Rates für Vertrauensbildung“
7. Juli 1986 (Bonn)

Nr. 4.

Gemeinsame Erklärung zum „Europäischen Rat für Vertrauensbildung“
27. Mai 1987 (Mragowo/Masuren)

Nr. 5

Gemeinsame Erklärung über Kriterien und Maßnahmen für Vertrauensschaffende Sicherheitsstrukturen in Europa
10. Februar 1988 (Warschau)

Nr. 6

Arbeitspapier zu Vertrauens- und Sicherheitsbildenden Maßnahmen und Rüstungsbegrenzung in der Ostsee
27. Juni 1989 (Bonn)

Gemeinsame Erklärung zur Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa durch Maßnahmen der gegenseitigen Vertrauensbildung

25. November 1985 (Bonn)

Die von den Führungen der SPD-Bundestagsfraktion und des Abgeordnetenklubs der PVAP eingesetzte Arbeitsgruppe, die die Festigung der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa durch Maßnahmen der gegenseitigen Vertrauensbildung untersucht, hat aus Anlaß des 15. Jahrestages des Vertrages über die Grundlagen der Normalisierung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen folgende vom Politbüro des ZK der PVAP und vom Präsidium der SPD gebilligte Erklärung verfaßt:

I.

1. Vor 15 Jahren, am 7. Dezember 1970, haben die Bundesrepublik Deutschland und die Volksrepublik Polen einen Vertrag von historischer Bedeutung geschlossen. Sie haben gemeinsam anerkannt, daß die Unverletzlichkeit der bestehenden Grenzen sowie die Achtung der territorialen Integrität und der Souveränität aller Staaten in Europa in ihren gegenwärtigen Grenzen eine grundlegende Bedingung für den Frieden darstellen. Beide Seiten haben damals übereinstimmend festgestellt, daß die bestehende, im Verlauf der Potsdamer Konferenz festgelegte Grenzlinie die westliche Staatsgrenze Polens bildet. Die Bundesrepublik Deutschland und Polen haben erklärt, daß sie gegenseitig keinerlei Gebietsansprüche haben und solche auch in Zukunft nicht erheben werden. Sie haben ferner den Verzicht auf Gewalt als Mittel der Politik bestätigt und sich darauf verständigt, ihre Zusammenarbeit zu vertiefen.

Der Vertrag bildet auch heute und in Zukunft die Grundlage für die Normalisierung und die weitere Entwicklung der Beziehungen zwischen den beiden Staaten zu gegenseitigem Vorteil.

2. Der Vertrag von Warschau hat sowohl bilateral wie in der Entwicklung

der Ost/West-Beziehungen eine wichtige und positive Rolle gespielt. Zusammen mit anderen Verträgen der Bundesrepublik Deutschland mit der Sowjetunion, der Deutschen Demokratischen Republik, der Tschechoslowakei und dem Viermächteabkommen vom 3. September 1971 wurde er ein wesentlicher Faktor zur Stärkung des Entspannungsprozesses in Europa, der den KSZE-Prozeß ermöglichte.

3. In den Jahren seit Unterzeichnung war man bemüht, den Vertrag mit Leben zu füllen und zur Grundlage einer dauerhaften und friedlichen Zusammenarbeit zu machen. Er schaffte — wie auch die anderen erwähnten Verträge und insbesondere die KSZE-Schlußakte von Helsinki — eine solide Grundlage für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und für die positive Fortentwicklung der Ost/West-Beziehungen. Der Vertrag hat wesentlich zu einer Verbesserung des Verständnisses zwischen den beiden Staaten und Völkern beigetragen. Er hat zwischenmenschliche Beziehungen erleichtert und die Zusammenarbeit auf vielen Gebieten, auch im Bereich der Wirtschaft und der Kultur, gefestigt. Dennoch sind Probleme geblieben.

4. In den letzten Jahren haben sich die Ost/West-Beziehungen erheblich verschlechtert. Rüstungswettlauf und die Ausübung militärischen, politischen und wirtschaftlichen Drucks haben das im Rahmen der Entspannungspolitik mühsam erworbene Vertrauen beeinträchtigt und behindern Fortschritte in der Entwicklung der Beziehungen. Neue gigantische Rüstungsprogramme, jetzt sogar unter Einbeziehung des Weltraums, stehen der Lösung gemeinsamer drängender Probleme wie Hunger, Bevölkerungsexplosion, Unterentwicklung, wachsende Kluft zwischen Arm und Reich oder Umweltzerstörung im Wege.

Sie erhöhen die Gefahr einer globalen nuklearen Konfrontation. Die Annahme, daß politische Entspannung und Rüstungswettlauf parallel betrieben werden können, hat sich als gefährlich und falsch erwiesen.

Beide Seiten begrüßen daher das Ergebnis des Genfer Treffens von Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatschow, das die Bereitschaft zu einer Verbesserung der Beziehungen zwischen den Großmächten deutlich gemacht hat. Alle europäischen Staaten in West und Ost müssen ihren Beitrag dazu leisten, daß das Genfer Ergebnis im Interesse von gemeinsamer Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa zu entscheidenden Fortschritten im Bereich von Rüstungsbegrenzung und Abrüstung führt.

5. Europa und insbesondere die Staaten, die an der Nahtstelle zwischen den politischen und militärischen Bündnissen liegen, haben ein gemeinsames Interesse daran, die auf Europa gerichteten Drohpotentiale zu verringern, den Ausbruch eines Krieges zu vermeiden und die Sicherheit und den Frieden zu stärken. Dieses gemeinsame Interesse ist gleichermaßen Ansporn und Verpflichtung, Beispiele für friedliche und konstruktive Zusammenarbeit zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen zu geben.

6. Eingedenk ihrer geschichtlichen Erfahrungen und im Bewußtsein, daß die Verbesserung der Beziehungen zwischen Polen und der Bundesrepublik Deutschland eine der wesentlichen Bedingungen für Entspannung, Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa ist, wollen beide Seiten einen neuen, gemeinsamen Beitrag zum Frieden in Europa leisten. Dabei können SPD und PVAP auf ihre konkreten Beiträge in der Vergangenheit verweisen, wie zum Beispiel den Rapacki-Plan zur Schaffung einer atom-

waffenfreien Zone in Mitteleuropa, den Gomulka-Plan über ein Einfrieren von nuklearen und konventionellen Rüstungen in dieser Zone, die von Willy Brandt eingeleitete Ostpolitik, die zu einem wesentlichen Faktor der Entspannungspolitik wurde.

II.

In der Überzeugung, daß globale und regionale Krisen und Gefahren nur gemeinsam überwunden werden können, haben sich beide Seiten die Aufgabe gestellt, durch konkrete Vorschläge über gegenseitige Vertrauensbildung zur Erhöhung der Sicherheit, zur Belebung der Entspannungspolitik und zur Vertiefung der Zusammenarbeit in Europa beizutragen. In diesem Sinne haben sie festgestellt:

1. Die dringlichste Aufgabe für die Menschheit ist heute die Sicherung eines dauerhaften und gerechten Friedens durch eine Politik des Verzichtes auf Gewalt und der Vermeidung eines jeden Krieges. Das ist nur auf dem Wege des Dialogs und einer Zusammenarbeit zwischen allen Staaten und Völkern, ungeachtet ihrer Größe und ihrer Gesellschaftsordnung, zu erreichen. Rüstungswettlauf, Konfrontation oder der Aufbau von Feindbildern lösen Probleme nicht, sondern schaffen Mißtrauen und Feindseligkeit.

2. Im Zeitalter der Massenvernichtungswaffen kann Sicherheit nicht mehr gegeneinander, sondern nur noch miteinander durch eine Politik der Sicherheitspartnerschaft gewährleistet werden. Ihre Grundlage muß die Anwendung ausnahmslos aller Prinzipien und Bestimmungen der Schlußakte von Helsinki und des Schlußdokuments von Madrid sein. Vertrauen kann nur geschaffen werden, wenn beide Seiten die begründeten Sicherheitsinteressen der anderen Seite anerkennen.

3. Sicherheitspartnerschaft beruht auf dem selbstverständlichen Recht eines jeden Staates, seinen eigenen Weg politisch, gesellschaftlich und kulturell zu bestimmen. Sie will den Frieden sicherer machen. Ideologische Unterschiede dürfen uns nicht daran hindern, Mißtrauen zu überwinden und Vertrauen zu schaffen, um die Probleme, die die Menschheit bedrücken, gemeinsam zu lösen.

4. Schritte zur Vertrauensbildung sollten konkret sein und auf der Grundlage der Gleichberechtigung alle Bereiche umfassen: Sicherheit, Wirtschaft, Wissen-

schaft, Technik, Umweltschutz sowie in humanitären und anderen Bereichen: Menschliche Kontakte, Information, Kultur und Bildung.

5. Maßnahmen zur Bildung von gegenseitigem Vertrauen im militärischen Bereich sollen die Sicherheit der Staaten in Europa und das Bewußtsein der Völker von einer gemeinsamen Verantwortung für den Frieden festigen. Sie sollen beitragen zur Überwindung oder zumindest Verminderung von Spannungen, zur Einstellung militärischer Aktivitäten, die Bedrohungsängste auslösen, sowie zum Abbau von Truppen und Rüstungen in Europa.

6. Grundlage gemeinsamer vertrauensbildender Maßnahmen sollte sein:

- (1) Die Anerkennung des Rechts aller Staaten und der von ihnen vereinbarten Bündnissysteme auf gleiche Sicherheit.
- (2) Die Überwindung der Doktrin der gegenseitigen Abschreckung durch eine Politik der Sicherheitspartnerschaft, in der Sicherheit nicht gegeneinander, sondern gemeinsam gewährleistet wird, unter anderem durch maximale Absenkung der beiderseitigen Rüstungen.
- (3) Die Verstärkung und Konkretisierung des Verzichtes auf die Anwendung von und die Drohung mit Gewalt.
- (4) Der Verzicht auf militärische Maßnahmen, die als Bedrohung — zum Beispiel durch Streben nach militärischer Überlegenheit, durch Gefährdung bestehender Rüstungskontrollverträge oder durch die Fähigkeit zu einem Überraschungsangriff — empfunden werden und daher destabilisierend wirken.
- (5) Die Verbesserung des Dialogs, der Nachrichtenverbindungen und des Informationsaustausches im Zusammenhang mit der gemeinsamen Bewältigung von krisenhaften Entwicklungen und Spannungen.

Mit vertrauensbildenden Maßnahmen auf militärischem Gebiet allein ist es jedoch nicht getan. Wichtig ist darüber hinaus:

- (6) Die Erziehung zum Frieden statt der Verherrlichung von Gewalt und der Entwicklung von Feindbildern, die Erziehung zur Achtung der Identität und der Eigenständigkeit aller Staaten und Völker statt der Förderung von Vorurteilen.

(7) Die Förderung der Zusammenarbeit im Bereich von Wirtschaft zum gegenseitigen Nutzen.

(8) Die Förderung der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit.

(9) Die gemeinsame Lösung von Problemen der fortschreitenden Zerstörung der Umwelt im regionalen und kontinentalen Maßstab.

(10) Das Zusammenwirken bei der Lösung humanitärer Fragen und die Förderung der Begegnung zwischen den Menschen durch Jugend-, Kultur- und Sportaustausch.

7. Beide Seiten betrachten konkrete vertrauensbildende Maßnahmen vor allem im politischen und militärischen Bereich für unabdingbar für eine dauerhafte Verwirklichung der KSZE-Ziele.

Deshalb schlagen sie vor:

(1) Die Unterzeichner der KSZE-Schlußakte sollen in einem Abkommen den Grundsatz des Verzichtes auf Anwendung von Gewalt — nuklear wie konventionell — bekräftigen. Gleichzeitig sollen sie die Stockholmer Konferenz (KVAE) mit der Vereinbarung konkreter vertrauensbildender Maßnahmen, die militärisch bedeutsam, politisch bindend und angemessen kontrollierbar sind, zu einem ersten Abschluß bringen.

(2) Im Bestreben nach einem Abbau der Nuklearwaffen in Europa und in der Welt erscheint die Schaffung eines von nuklearen Gefechtsfeldwaffen freien Streifens in Mitteleuropa besonders dringend.

(3) In diesem Zusammenhang soll durch den Abbau auch auf konventionellem Gebiet ein ausgewogenes Verhältnis der Streitkräfte in Mitteleuropa auf möglichst niedrigem Niveau erreicht werden. Hierzu gehört auch, daß auf die Konzentration von zum Angriff geeigneten Streitkräften im grenznahen Raum verzichtet wird.

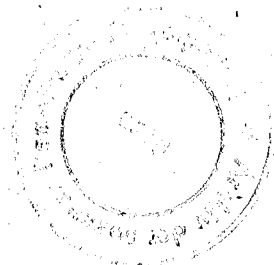
(4) In der Mitte Europas soll eine chemiewaffenfreie Zone als Einstieg in ein weltweites Verbot von chemischen Waffen geschaffen werden. Die PVAP unterstützt die von der SPD-Bundestagsfraktion und der SED am 19. Juni 1985 veröffentlichte politische Initiative und die Vorschläge der Regierungen der CSSR und der DDR zu Verhandlungen über diesen Gegenstand.

(5) Beide Seiten appellieren an alle Nuklearmächte, die bestehenden Kernwaffenarsenale einzufrieren und keine neuen Nuklearwaffen herzustellen. Dies wäre wichtig zur Reduzierung und Beseitigung dieser Waffen. Ein erster Schritt wäre die Einstellung aller Atomwaffentests durch die Nuklearmächte. Wir fordern die UdSSR, die USA und Großbritannien auf, die Verhandlungen

über das vollständige Verbot aller Kernwaffenversuche bald wieder aufzunehmen und abzuschließen.

(6) Es sollte darauf verzichtet werden, Waffen im Weltraum zu stationieren. Entsprechende Entwicklungen sollten eingestellt und ein Vertrag über das Verbot von Tests und die Aufstellung von Waffen im Weltraum geschlossen werden. Beide

Seiten sprechen sich entschieden gegen alle Versuche aus, das Wettrüsten auf den Weltraum auszudehnen und ihn zum Schauplatz eines militärischen Kräftemessens werden zu lassen. Der Weltraum soll zu einem Bereich friedlicher Zusammenarbeit der Völker werden.



Kommuniqué: Vorschlag zur Schaffung eines „Europäischen Rates für Vertrauensbildung“

7. Juli 1986 (Bonn)

Die 1984 von der Führung der SPD-Bundestagsfraktion und des Abgeordnetenklubs der PVAP eingesetzte Arbeitsgruppe hat am 25. November 1985 eine Gemeinsame Erklärung zur Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa durch Maßnahmen der gegenseitigen Vertrauensbildung veröffentlicht. Die Entwicklungen der vergangenen Monate haben die Bedeutung dieser Erklärung unterstrichen.

Die Gruppe hat inzwischen ihre Arbeit fortgesetzt. Die Führungen beider Parteien hatten sie beauftragt, vertrauensbildende Verfahren zur Vermeidung und zum Abbau von Spannungen in Europa auszuarbeiten.

Die Gruppe ist überzeugt, daß zur gemeinsamen Festigung von Sicherheit und Frieden vor allem solche politische Maßnahmen entwickelt werden sollten, die geeignet wären, der Entstehung von Krisen vorzubeugen. Die Gruppe versucht daher Maßnahmen vorzuschlagen, die geeignet wären, Verständigung, Dialog und Entspannung zwischen den KSZE-Teilnehmerstaaten weiter zu fördern und Vertrauen dauerhaft gemeinsam zu entwickeln.

In diesem Zusammenhang beschäftigt sich die Gruppe mit der Ausarbeitung eines Vorschlages, im Rahmen des KSZE-Prozesses einen „Europäischen Rat für Vertrauensbildung“ zu berufen.

Dieser Rat sollte allen KSZE-Teilnehmerstaaten offenstehen, auf hoher politischer Ebene regelmäßig zusammentreten und über aktuelle, die Sicherheit Europas betreffende Probleme einen regelmäßigen Gedankenaustausch zu führen. Der Rat könnte Regionalgruppen oder sonstige Untergruppen bilden.

Der Vorsitz könnte wechselseitig von allen Teilnehmern des Rates ausgeübt werden. Um propagandistischen Mißbrauch der Beratungen des Rates zu

vermeiden, sollten diese grundsätzlich vertraulich geführt werden.

Der Rat sollte sich vor allem von den Prinzipien, Bestimmungen und Prozeduren der KSZE-Dokumente leiten lassen und unter anderem Maßnahmen der Vertrauensbildung konkretisieren und fortentwickeln.

Ein Verfahren sollte entwickelt werden, um im Falle einer Krise in Europa den Rat auch außerhalb seiner regelmäßigen Treffen automatisch einberufen zu können.

Die Arbeitsgruppe wird sich weiter mit der Präzisierung dieses Vorschlages befassen.

Sie ist der Meinung, daß die Bildung eines solchen Gremiums den KSZE-Prozeß fördern würde.

Gemeinsame Erklärung zum „Europäischen Rat für Vertrauensbildung“

27. Mai 1987 (Mragowo/Masuren)

Die im Herbst 1984 durch Vereinbarung zwischen den Vorsitzenden der Parlamentsgruppen beider Parteien gebildete Arbeitsgruppe der SPD und der PVAP konkretisiert ihren Vorschlag vom 7. 7. 1986, einen EUROPÄISCHEN RAT FÜR VERTRAUENSBIKDUNG zu schaffen:

1. Der Rat soll allen KSZE-Teilnehmerstaaten offenstehen, ohne Organ der KSZE zu sein.
2. Die Regierungen der Teilnehmerstaaten des Rates entsenden in den Rat je einen hochrangigen politischen Bevollmächtigten. Er muß nicht Mitglied der Regierung sein.
3. Der Rat sollte durch einen regelmäßigen Gedankenaustausch über aktuelle, die Sicherheit Europas betreffende Probleme das gegenseitige Vertrauen zwischen den KSZE-Teilnehmerstaaten fördern. Damit würde zugleich ein Schritt vorwärts auf dem Wege zu gemeinsamer Sicherheit in Europa getan.

Der Rat soll sich vor allem mit folgendem befassen:

— politischen Maßnahmen und Verfahren zum Abbau von Spannungen, Feindbildern und Mißtrauen in Europa,

— politischen Maßnahmen und Verfahren zur Vermeidung und Überwindung von Krisensituationen,

— praktischen Erfahrungen mit bereits vereinbarten vertrauensbildenden Maßnahmen,

— neuen Anregungen für Vertrauensbildung in Europa im militärischen wie in anderen Bereichen.

4. Der Rat läßt sich in seinen Arbeiten von den Prinzipien der Schlußakte von Helsinki und den KSZE-Verfahrensregeln leiten.
5. Der Rat tagt in der Regel zweimal jährlich. Der Vorsitz kann ihn zu außerordentlichen Sitzungen einberufen. Auf Verlangen von mindestens fünf Mitgliedern ist er dazu verpflichtet.

Der Vorsitz lädt zu den Sitzungen ein und leitet sie. Die Teilnehmer legen auf der jeweiligen Sitzung die Themen fest, die sie erörtern wollen.

Der Rat kann regionale und andere Untergruppen bilden.

Er hat kein festes Sekretariat. Die Sitzungen sind vertraulich.

6. Die Arbeitsgruppe SPD/PVAP würde es angesichts der hohen symbolischen Bedeutung Helsinkis als Ort der Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte begrüßen, wenn die erste Sitzung des Rates unter dem Vorsitz Finnlands nach Helsinki einberufen würde.

Die Arbeitsgruppe SPD/PVAP führt diesen Vorschlag in die Diskussion über Vertrauensbildung in Europa ein mit dem Ziel, einen breiten Konsens zur Schaffung eines EUROPÄISCHEN RATES FÜR VERTRAUENSBIKDUNG zu finden.

Gemeinsame Erklärung über Kriterien und Maßnahmen für vertrauensschaffende Sicherheitsstrukturen in Europa

10. Februar 1988 (Warschau)

Die Arbeitsgruppe SPD/PVAP, die im Herbst 1984 durch Vereinbarung zwischen den Vorsitzenden der Parlamentsgruppen beider Parteien gebildet wurde, setzt ihre Arbeit gestützt auf den Auftrag im Kommuniqué über die Gespräche des Ersten Sekretärs des ZK der PVAP, Wojciech Jaruzelski, und des SPD-Vorsitzenden, Hans-Jochen Vogel, vom 1. 10. 1987 in Warschau und ausgehend von der gemeinsamen Erklärung vom 25. 11. 1985 fort. Sie setzt sich zum Ziel, Vorschläge zur Verminderung von Rüstungen und zur Festigung des gegenseitigen Vertrauens zu erarbeiten. Sie sieht darin einen Baustein für die Entwicklung eines europäischen Gebäudes gemeinsamer Sicherheit und dauerhaften Friedens.

Die Erfahrung bestätigt die in der genannten Erklärung vertretene Auffassung, daß die internationale Sicherheit in unserem Zeitalter unteilbar ist. Sie bedarf des Einsatzes politischer Mittel sowie einer bedeutenden, auf Gegenseitigkeit angelegten Verminderung der Waffenarsenale auf einen Umfang, der eine ausreichende Verteidigungsfähigkeit sichert, Angriffshandlungen jedoch nicht mehr zuläßt.

Die Ergebnisse des Treffens Gorbatschow-Reagan entsprechen dem Willen der Völker Europas und haben die Hoffnung auf weitere Abrüstungsschritte hin zu gemeinsamer Sicherheit beflügelt. So kann dieser Begegnung und deren Folgen eine historische Bedeutung zukommen. Sie sind der erste Schritt auf dem Weg zu einer Welt ohne Massenvernichtungswaffen, einer Welt ohne Kriege. Das Abkommen über die Beseitigung der Raketen mittlerer und kürzerer Reichweite bildet den bedeutsamen Anfang eines echten Abrüstungsprozesses. Ihm müssen weitere Schritte folgen.

Im Rahmen unserer Möglichkeiten werden wir alles tun, diesen Prozeß zu fördern.

Wir hoffen noch in diesem Jahr auf ein Abkommen über eine 50%ige Verminderung der strategischen Nuklearwaffen mit dem Ziel, den Abrüstungsprozeß unumkehrbar zu machen.

Wir bekräftigen unsere Auffassung, daß alle Staaten unseres Kontinents verpflichtet sind, ihren Willen zur Schaffung eines Systems gemeinsamer und partnerschaftlicher Sicherheit durch konkrete Maßnahmen der Zusammenarbeit insbesondere im politischen, militärischen, ökonomischen, ökologischen, kulturellen und humanitären Bereich unter Beweis zu stellen. Die KSZE-Schlußakte von Helsinki hat hierfür eine Grundlage geschaffen, die weiter ausgebaut werden muß.

In diesem Zusammenhang ist unser im Mai 1987 unterbreiteter Vorschlag zur Schaffung des Europäischen Rates für Vertrauensbildung als Forum eines europäischen Dialogs zu sehen, um u. a. politische Maßnahmen zur Verhinderung von Spannungen und Krisen sowie zum Aufbau von Friedensstrukturen in Europa zu erörtern.

Wir setzen unsere Arbeit fort, indem wir nun Vorschläge für den Aufbau vertrauensbildender Sicherheitsstrukturen in Europa unterbreiten.

Europa, insbesondere Zentraleuropa, ist die Zone mit der weltweit höchsten Konzentration gegeneinander gerichteter Streitkräfte, die mit modernsten nuklearen und konventionellen Waffen gerüstet sind. Ihr Umfang überschreitet bei weitem die Sicherheitsbedürfnisse beider Bündnisse, die sich erklärtermaßen gegenseitig nicht angreifen wollen.

Die Beibehaltung der gegenwärtigen Rüstungsdynamik beansprucht völlig unangemessen hohe menschliche, materielle und finanzielle Kräfte und erhöht das Risiko eines Militärkonflikts aus Versehen oder durch falsche Interpretation der Absichten des Gegners. Sie hindert die politische, soziale und ökonomische Entwicklung unseres Erdteils. Aus diesen Gründen halten wir politische und militärische Maßnahmen zur Verminderung von Streitkräften und Rüstungen sowie zur weiteren Festigung des Vertrauens in Europa für vordringlich. Unerlässlich ist dabei vor allem die Beseitigung der zu einem Überraschungsangriff geeigneten Potentiale. Dabei sollten Ungleichgewichte oder Asymmetrien durch Abrüstung, nicht durch Aufrüstung beseitigt werden.

Die Arbeitsgruppe ist der Auffassung, daß entsprechende Vorschläge des Warschauer Vertrags 1986 in Budapest, 1987 in Berlin sowie einzelner Mitgliedsstaaten, nicht zuletzt der Jaruzelski-Plan von 1987 vom westlichen Bündnis und den westeuropäischen Staaten mit eigenen weiterführenden Vorschlägen konstruktiv beantwortet werden sollten. Dem baldigen Beginn der Verhandlungen über konventionelle Abrüstung im Rahmen des KSZE-Prozesses kommt große Bedeutung zu.

Die Arbeitsgruppe ist der Auffassung, daß auch die im folgenden Teil dieses Dokuments unterbreiteten Vorschläge der Schaffung eines konstruktiven politischen Klimas, der Entwicklung eines neuen realistischen Denkens über Sicherheit und Abrüstung, der Beseitigung von Mißtrauen und Feindbildern dienen. Diese Vorschläge, die im Rahmen eines Dialogs mit Teilnehmern aus Parlamenten, politischen Parteien, wissenschaftlichen Einrichtungen auch an-

derer Länder ergänzt und verbessert werden können, wollen zu konkreten Resultaten im gesamteuropäischen Maßstab beitragen.

II.

SPD und PVAP wollen auf ein System gemeinsamer Sicherheit in Europa hinwirken, das gegenseitiges Vertrauen schafft, drastische Schritte der Abrüstung in Waffen und Personal ermöglicht und einen stabilen Frieden gewährleistet.

Die SPD betont, daß die NATO eine Verteidigungsgemeinschaft ist, die Angriffe auf andere Staaten ausschließt.

Die PVAP erklärt nachdrücklich, daß der Warschauer Vertrag ein strikt verteidigungsorientiertes Bündnis ist und daß die Mitgliedstaaten dieses Vertrages niemals, unter keinen Umständen Kriegshandlungen gegen irgendeinen Staat oder Staatenbündnis anfangen.

SPD und PVAP streben eine militärische Lage in Europa an, in der die Militärpotentiale und -strukturen sich nur noch zur Verteidigung des nationalen Gebietes oder das der Bündnispartner eignen. Beide Parteien sind der Meinung, daß der Prozeß einer radikalen Abrüstung der bestehenden Potentiale zur Beseitigung der offensiven Komponenten, unter anderem der bestehenden Disproportionen und Asymmetrien führen sollte, so daß keines der beiden Bündnisse mehr in der Lage sein wird, einen Überraschungsangriff zu führen. Zugleich sollten die strategischen Konzepte und Doktrinen so geändert werden, daß beide Seiten sie als defensiv auffassen können. Eine verlässliche Verteidigung gegen dann noch verbleibende Reste offensiver militärischer Fähigkeiten muß gewährleistet sein. Dies verstehen wir unter konventioneller Stabilität mit dem Ziel der beiderseitigen strukturellen Nichtangriffsfähigkeit.

Die folgenden Vorschläge beschränken sich im wesentlichen auf die Lage in Zentraleuropa.

SPD und PVAP treten für eine drastische Abrüstung derjenigen Waffensysteme ein, die für ein offensives Eindringen auf das Territorium des Gegners geeignet sind.

Hierzu zählen u. a.:

- taktische Nuklearwaffen
- Kampfpanzer und sonstige gepanzerte Fahrzeuge
- Kampfflugzeuge
- Raketen und sonstige Flugkörper entsprechender Reichweite

Artillerie nach gegenseitig vereinbarten Kriterien
Kampfhubschrauber.

Diese Waffensysteme sollen auf für beide Seiten gleiche, möglichst niedrige und gemeinsam vereinbarte Obergrenzen abgerüstet werden. Dabei kann, sofern ein ausgewogenes Kräfteverhältnis gewährleistet bleibt, nach Zonen und anderen sachlichen Kriterien differenziert werden.

SPD und PVAP sind der Auffassung, daß die im Stockholmer Dokument vereinbarten Maßnahmen im militärischen Bereich zu einem System ausgebaut werden sollten, das die angestrebte konventionelle Stabilität zusätzlich absichert. So sollten in Zentraleuropa beispielsweise

das Ausrücken von Einheiten mit zusammen mehr als 6000 Mann angekündigt und von mehr als 12 000 Mann der Beobachtung unterliegt;

Umfang und Häufigkeit gleichzeitig ablaufender Manöver eingeschränkt werden;

die Einberufung von mehr als 30 000 Reservisten zu einer Übung einer langfristigen Anmeldepflicht und der Möglichkeit der Beobachtung unterliegen und die Gesamtzahl der zu gleicher Zeit einberufenen Reservisten ebenfalls begrenzt wird;

Luftlandverbände beschränkt und kontrolliert werden;

Übungen von Luftlandtruppen mit mehr als 2000 Mann der Ankündigung und Beobachtung unterliegen;

Flugmanöver die Größenordnung von rund 100 Kampfflugzeugen nicht übersteigen.

Weitergehende Vorschläge für die Luftstreitkräfte sowie die Seestreitkräfte in der Ostsee sollen Gegenstand künftiger Erörterungen der Arbeitsgruppe sein.

Die PVAP unterstreicht einmal mehr die Notwendigkeit des Verzichts auf den Ersteinsatz von Nuklearwaffen, wie sie von der Sowjetunion und den anderen Staaten der Warschauer Vertragsorganisation bereits mehrfach erklärt worden ist.

Die SPD fordert im Zuge der Herstellung konventioneller Stabilität in Europa und als Teil eines umfassenden Gewaltverzichts auch von der NATO den Verzicht auf den Ersteinsatz von Nuklearwaffen.

Mit Herstellung konventioneller Stabilität in Europa sollten die taktischen Nuklearwaffen vernichtet, zumindest aus den Staaten abgezogen werden, die selbst nicht über Nuklearwaffen verfügen. Im Vorgriff hierauf unterstützt die PVAP den von SPD und SED ausgearbeiteten Vorschlag eines atomwaffenfreien Korridors, den inzwischen die Regierungen der DDR und der CSSR übernommen und eingebracht haben.

SPD und PVAP wiederholen ihre in der gemeinsamen Erklärung vom 25. 11. 1985 enthaltene Forderung, das Wettrennen im Weltall zu verhindern, den ABM-Vertrag, so wie vereinbart, einzuhalten und auf Atomtests zu verzichten.

Beide Parteien fordern mit Nachdruck den baldigen Abschluß eines Vertrages über die weltweite Ächtung und Vernichtung von Chemiewaffen unter internationaler Kontrolle. Sollte sich der vorrangige Abschluß dieses Vertrages weiter verzögern, müßte auch hier ein Einstieg über eine chemiewaffenfreie Zone gesucht werden, wie sie von SPD und SED ausgearbeitet und vorgeschlagen wurde. SPD und PVAP lehnen die Aufnahme der Produktion neuer chemischer Waffen, einschließlich Binärwaffen, ab. Sie treten für die konsequente Einhaltung der Konvention über das Verbot biologischer Waffen ein.

Sie unterstreichen die Bedeutung einer strikten und verlässlichen Kontrolle aller hier vorgeschlagenen Maßnahmen.

SPD und PVAP verweisen auf den bereits oben erwähnten Vorschlag der Schaffung eines Europäischen Rates für Vertrauensbildung, der ein Forum auch für den Dialog über die militärischen Elemente des Abbaus von Spannung in Europa werden könnte.

Sie halten es für erforderlich, auch militärische Vertreter beider Bündnisse in die Erörterung der Fortentwicklung von Strategien, Konzepten, Doktrinen, Strukturen und Bewaffnungen einzubeziehen.

Die Arbeitsgruppe ist sich bewußt, daß die hier vorgeschlagenen Maßnahmen nicht erschöpfend sind und der Erörterung und Ergänzung bedürfen. Zunächst für Zentraleuropa vorgeschlagen bedürfen sie der Weiterentwicklung und Vertiefung in Richtung sowohl auf Nord- und Südeuropa als auch auf die gesamte Tiefe des europäischen Raums vom Atlantik bis zum Ural.

Arbeitspapier der SPD/PVAP Gruppe zu Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Rüstungsbegrenzung in der Ostsee

27. Juni 1989 (Bonn)

Einleitung

1. Im letzten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts sollten wir Europäer willens und in der Lage sein, Bedingungen in unserem Erdteil zu schaffen, die es uns erlauben, in Frieden und Vertrauen miteinander zu leben. Um dies zu erreichen, müssen wir unser Sicherheitssystem von Grund auf umstellen, zusätzlich zu all den erforderlichen Änderungen in unseren politischen, menschlichen, wirtschaftlichen, kulturellen, ökologischen und sozialen Beziehungen.

Nicht Abschreckung durch Androhung von Massenvernichtungswaffen, sondern Vertrauensbildung und gemeinsame Sicherheit muß das Ziel unserer Bemühungen sein. Deshalb müssen Doktrinen, Strategien, Streitkräftestrukturen und Bewaffnungen beider Seiten so verändert und verringert werden, daß die militärische Fähigkeit zu Überraschungsangriff und weitreichenden Operationen beseitigt wird, die Fähigkeit zu erfolgreicher Verteidigung jedoch erhalten bleibt. Im Verfolg dieses Zieles haben SPD und PVAP bereits in ihrer Erklärung über vertrauensschaffende Sicherheitsstrukturen in Europa Kriterien und Maßnahmen für das Gebiet vom Atlantik zum Ural vorgeschlagen.

2. Die Ergebnisse des Wiener KSZE-Folgetreffens ebenso wie die Entscheidung der Sowjetunion und anderer Warschauer Vertragsstaaten über die einseitige Verminderung ihrer konventionellen Waffen und Truppen in Europa schaffen Möglichkeiten für eine Erweiterung vertrauensbildender Maßnahmen in Zentraleuropa. Dies macht die Vorlage eines Konzepts für die Ostsee als Teil der Anwendung von vertrauensbildenden Maßnahmen im KSZE-Rahmen „Atlantik zum Ural“ dringlich. Die Ostsee ist keine Region, in der große militärische Operationen unabhängig von der Landfront vorgenommen werden können. Sie muß in untrennbarem Zusam-

menhang mit solchen Aktivitäten in der zentraleuropäischen Region gesehen werden.

3. SPD und PVAP unterstreichen die Notwendigkeit, die Sicherheitsinteressen aller an die Ostseeregionen anrainenden Staaten zu berücksichtigen. Maßnahmen zur Verringerung der offensiven Militärpotentiale in der Ostsee sollten nicht zu einer Vermehrung derartiger Kräfte in benachbarten Regionen führen. Daher sollten die Verminderungen durch vollständige Beseitigung und nicht durch Überführung in andere Regionen vorgenommen werden.

Beide Parteien unterbreiten ihre Vorschläge für die Ostsee im Wissen um die Rolle von Marinestreitkräften im System der Sicherheit sowie um die Komplexität ihrer Strukturen und Aufgaben und mit dem Wunsch, einen entsprechenden weltweiten Prozeß zu erleichtern.

Keine der in diesem Vorschlag erwogenen Maßnahmen zielt auf eine Beeinträchtigung der anerkannten Regeln des Völkerrechts, wie etwa die Freiheit der Schifffahrt einschließlich des Rechts auf friedliche Durchfahrt, das Recht auf die Nutzung lebender natürlicher Ressourcen, Seenotrettung, maritimer Umweltschutz usw.

Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen

4. Es ist kennzeichnend für die Ostseeregion, daß dort nur die Sowjetunion über hochseefähige Marineeinheiten verfügt. Hinzu kommt, daß ein erheblicher Teil der Werften und Instandsetzungskapazitäten der sowjetischen Marine an der Ostsee gelegen ist. Die Flotten der anderen Ostseestaaten sind nur für begrenzte militärische Operationen zu verwenden. Daher ist der ständige Einsatz großer Schiffseinheiten in der Ostsee militärisch sinnlos.

Diese Faktoren sollten bei der Festlegung Vertrauens- und Sicherheitsbildender Maßnahmen (VSBM) berücksichtigt werden.

5. Marineaktivitäten sind verglichen mit denen der Landstreitkräfte so spezifisch, daß für sie entsprechend spezifische Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen geschaffen werden müssen. Unter Marineaktivitäten verstehen wir auch den Einsatz von seegestützten, luftgestützten und amphibischen Kräften. Da jedoch die Ostseeregion eng mit der zentraleuropäischen Front verbunden ist, sollten hier die für Seestreitkräfte zu schaffenden Vertrauens- und Sicherheitsbildenden Maßnahmen in Beziehung zu den für den europäischen Kontext vereinbarten VSBM stehen. Die im Stockholmer Dokument enthaltenen Maßnahmen könnten dementsprechend auf Marineoperationen in der Ostsee erstreckt werden. Der Umfang der möglichen VSBM könnte umfassen die Ankündigung, Beobachtung und Begrenzung von Marineaktivitäten, das Festlegen von Verhaltensregeln, ein Überwachungssystem für die Überführung von Seestreitkräften und den Austausch relevanter Daten zu diesen Kräften. Vor-Ort-Inspektionen sollten ein integraler Bestandteil dieses Regimes sein.

6. Es sollte ein Überwachungssystem eingerichtet werden, das alle Ostseestaaten ständig über in die Ostsee ein- und aus ihr ausfahrende Marineeinheiten in Kenntnis setzt. Dieses System könnte sich an die derzeit bereits bestehende Praxis anlehnen.

Vorherige Ankündigung und eigentliche Beobachtung von Marinemanövern sollten auf der Grundlage des Austauschs der jährlichen Manöverkalender vorgenommen werden.

Verhaltensregeln auf See sollten Unfälle und deren Ausuferung zu größeren Aus-

einandersetzungen verhindern. Dies könnte nach dem Modell des Stockholmer Dokuments über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen wie auch durch die Übernahme bereits vorhandener bilateraler Abmachungen in multilaterale Verträge erreicht werden.

Alle Maßnahmen bezüglich Ankündigung, Beobachtung, Verhaltensregeln oder Beschränkungen sollten nach vereinbarten spezifischen Parametern festgelegt werden.

7. SPD und PVAP empfehlen unter Berücksichtigung bereits bestehender oder empfohlener Maßnahmen für Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen zur See in Europa:

- a) die Verminderung des Umfangs von Manövern in der Ostsee, unter Einbeziehung von Manövern mit Beteiligung der Marineinfanterie,
- b) die Vorankündigung von Marinemanövern bestimmter Größenordnung,
- c) die Begrenzung der Dauer von Marinemanövern,
- d) Verringerung der Übungen, die eine vorausgehende Ankündigung durch die einzelnen Staaten erforderlich machen,
- e) das Verbot von Marinemanövern oberhalb eines bestimmten Umfangs in Gebieten dichten Seeverkehrs und intensiver Fischerei,
- f) die Übermittlung einschlägiger Informationen über Marine-Aktivitäten im Zuge des jährlichen Austauschs von Informationen über militärische Aktivitäten, wie sie in dem Dokument der Stockholmer Konferenz festgelegt sind,
- g) der Abschluß einer Vereinbarung über Maßnahmen zur Verhinderung von Zwischenfällen in und im Luftraum über der Ostsee in Ergänzung bereits bestehender zweiseitiger Vereinbarungen,
- h) die Vertiefung des gegenseitigen Vertrauens und Verständnisses durch Ausweitung der Kontakte von Marinevertretern.

Auf dem Weg zu Defensivstrukturen in der Ostsee

8. Das System der vertrauensbildenden Sicherheitsstrukturen in der Ostsee sollte zu größerer Stabilität in der Region führen. In einem Regime defensiver Strukturen mit nur noch taktischen Ge-

genangriffskräften auf der Landfront besteht auf beiden Seiten kein Bedarf mehr an Marinelandungskräften. Diese sollten daher Schritt für Schritt beseitigt werden und es sollten von außerhalb keine Kräfte dieser Art in die Ostsee gebracht werden dürfen. In diesem Zusammenhang begrüßen beide Parteien die von Präsident Gorbatschow bereits erklärte Bereitschaft einer einseitigen Verminderung der sowjetischen amphibischen Kräfte.

Die NATO sollte als Antwort auf die Reduzierung der amphibischen Kräfte der Warschauer Vertragsstaaten ihre Marinestreitkräfte entsprechend vermindern. Die Verteidigung der Ostseeküsten könnte dann durch Küstenverteidigungskräfte einschließlich Küstenartillerie, landgestützte Raketen begrenzter Reichweite, Minen, Schnellboote und Hubschrauber gesichert werden.

9. Sollten Verhandlungen über Rüstungskontrolle und Abrüstung in Europa zu Zonenregelungen führen, einschließlich der Einrichtung nuklear- oder chemiewaffenfreier Zonen, so sollte die Ostsee in diese Vereinbarungen integral einbezogen werden.

In diesem Zusammenhang betrachten SPD und PVAP die Denuklearisierung der Ostsee als einen sich schrittweise vollziehenden Prozeß. In Anbetracht der Erklärungen der sowjetischen Führung und der Tatsache, daß nur die Sowjetunion über eine sehr starke, nuklearbewaffnete Marine in der Ostsee verfügt, könnte dieser Prozeß mit einseitigen Erklärungen und Einschränkungen beginnen, gefolgt von einseitigen Verminderungen und Begrenzungen, um dann über zwei- und/oder mehrseitige Vereinbarungen letztlich zu einer nuklearwaffenfreien Ostsee zu führen.

10. SPD und PVAP unterbreiten diese Vorschläge in der Hoffnung, daß die Ostsee- wie auch andere interessierte Staaten in der Lage sein werden, eine Vereinbarung über eine defensive Militärstruktur und ein System Vertrauens- und Sicherheitsbildender Maßnahmen zu erreichen, um dadurch einen dauerhaften Frieden in der Region zustande zu bringen und einen positiven Beitrag für die europäische Sicherheit zu leisten.

